

**AMT DER NIEDERÖSTERREICHISCHEN LANDESREGIERUNG**  
**Gruppe Raumordnung, Umwelt und Verkehr**  
**Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik**  
**Postanschrift 3109 St. Pölten, Landhausplatz 1**



Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 3109

An den  
Präsidenten des Landtages von NÖ  
Hofrat Mag. Edmund Freibauer

**Landtag von Niederösterreich**  
**Landtagsdirektion**

Eing.: 28.06.2005

zu Ltg. - **298/B-28-2004**

— Ausschuss

RU2-A-47/008-2004      Beilagen  
0

Kennzeichen (bei Antwort bitte angeben)

**Bürgerservice-Telefon 02742-9005-9005**

In Verwaltungsfragen für Sie da. Natürlich auch außerhalb  
der Amtsstunden: Mo-Fr 07:00-19:00, Sa 07:00-14:00 Uhr

(0 27 42) 9005

Bezug      Bearbeiter      Durchwahl      Datum  
LAD1-SE-3060/124-2004      Dr. Brigitta Richter      14905      14. Juni 2005

Betrifft

Entschließung des NÖ Landtages – drohende Schließung zahlreicher Postämter in  
Niederösterreich; Bericht

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident!

Im Sinne der Resolution des Landtages von Niederösterreich vom 25. November 2004,  
Ltg.Zl. 298, ist die NÖ Landesregierung in dieser Angelegenheit über den  
Landeshauptmann in der Landeshauptleutekonferenz vom 6. Dezember 2004 tätig  
geworden. Die Landeshauptleutekonferenz fasste dabei folgenden Beschluss:

Zu der von der Österreichischen Post AG beabsichtigten Schließung von weiteren  
Postämtern stellt die Landeshauptleutekonferenz fest:

1. Eine Evaluierung der im Jahre 2002 eingeleiteten Postreform, mit der bereits eine  
Schließung von Postämtern verbunden war, ist vorzulegen.
2. Die Beurteilung des Bestandes einzelner Postämter hat nicht nur nach  
betriebswirtschaftlichen, sondern nach österreichweit einheitlichen umfassenden und  
nachvollziehbaren Kriterien zu erfolgen.
3. Ein Strukturkonzept ist zu entwickeln, welches regionalen Gegebenheiten sowie den  
Erfordernissen einer intakten Infrastruktur Rechnung trägt.
4. Die für eine Reduktion der Zahl der Postämter angeführten  
Wirtschaftlichkeitsrechnungen sind offenzulegen.
5. Die Länder sind in die erforderlichen Verhandlungsprozesse einzubinden.

Dieser Beschluss wurde an den zuständigen Vizekanzler und Bundesminister für Verkehr,  
Innovation und Technologie Hubert Gorbach mit dem Ersuchen um Berücksichtigung  
übermittelt, ebenso an das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst, das Bundesministerium



für Verkehr, Innovation und Technologie sowie an den Vorstand der Österreichischen Post AG.

Von diesem Beschluss wurde vom Vizekanzler Herr Staatssekretär Eduard Mainoni als „Postbeauftragten“ in Kenntnis gesetzt.

In der Folge wurde beim Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie eine Arbeitsgruppe „Umsetzung der Post-Universaldienstverordnung“ eingerichtet, in der seit der 3. Sitzung vom 16.12.2004 die Bundesländer über die „Verbindungsstelle der Bundesländer beim Amt der NÖ Landesregierung“ eingebunden sind. In dieser Arbeitsgruppe sind auch der Österreichische Gemeindebund und der Österreichische Städtebund vertreten. Bis Ende April 2005 gab es dazu 6 Sitzungen.

Im Februar 2005 wurde die Post-Universaldienstverordnung-Kontrollkommission wieder eingerichtet, in welche mit 16.2.2005 Mag. Richard Wanzenböck, ehemals Bezirkshauptmann von Baden, nunmehr bereits im Ruhestand und mit der Materie durch seine frühere Tätigkeit in der Kontrollkommission vertraut, als gemeinsamer Ländervertreter berufen wurde.

Die Kontrollkommission zu den Postämterschließungen hat nunmehr ihre Arbeit abgeschlossen. Auf dieser Grundlage legte die Österreichische Post AG zum künftigen Filialnetz Niederösterreich folgendes Ergebnis vor:

Von den betroffenen 93 NÖ Postämtern werden 47 als Postservicestellen weitergeführt. In 18 Fällen gibt es einen Post-Partner, in 17 Fällen einen Landzusteller bzw. eine Post-Abholstelle. 1 Postamt wird durch eine andere Postfiliale in derselben Gemeinde übernommen. 10 Postämter bleiben zur Beobachtung des Geschäftsganges weiter offen.

Die Österreichische Post AG kündigt an, vor dem Jahr 2008 jedenfalls keine weiteren Postämterschließungen anzustreben. Damit konnte in allen 93 Fällen eine Ersatzlösung gefunden werden.

Im Wege der Landeshauptleutekonferenz wurde daher entscheidend dazu beigetragen, dass der zuständige Herr Vizekanzler und Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie Hubert Gorbach tätig geworden ist, eine Arbeitsgruppe beim BMVIT und die Kontrollkommission eingerichtet worden ist und die Post AG mit den betroffenen Gemeinden in direkte Gespräche eingetreten ist.

Die NÖ Landesregierung beehrt sich, dies zu berichten.

NÖ Landesregierung

G A B M A N N

Landeshauptmann-Stellvertreter

Elektronisch unterfertigt